



Dokumentation

Zur Geschichte der Europäischen Union
Ausgewählte Ereignisse in tabellarischer Form

Zur Geschichte der Europäischen Union

Aktenzeichen: WD 1 - 3000 - 028/18
Abschluss der Arbeit: 11. Juli 2018
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte, Politik

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Chronologische Übersicht: Zur Geschichte der Europäischen Union	4
3.	Ausgewählte Ereignisse	6

1. Einleitung

Die Dokumentation gibt – wie vom Auftraggeber gewünscht – einen Überblick über wichtige Ereignisse in der Geschichte der Europäischen Union in tabellarischer Form. Die Tabelle in Abschnitt 2 listet Daten und Ereignisse auf. Die Tabelle in Abschnitt 3 enthält darüber hinaus Hintergrundinformationen zu einzelnen Ereignissen. Die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. In den Anmerkungen sind weiterführende Literatur und Onlinequellen aufgeführt.

2. Chronologische Übersicht: Zur Geschichte der Europäischen Union

18.04.1951	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) - Montanunion
25.03.1957	Römische Verträge über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)
01.07.1968	Vollendung der Zollunion unter den sechs Mitgliedstaaten
01.01.1973	Beitritt von Großbritannien, Dänemark und Irland
13.03.1979	Schaffung des Europäischen Währungssystems (EWS)
07.-10.06.1979	Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament
01.01.1981	Beitritt von Griechenland
01.01.1986	Beitritt von Spanien und Portugal
28.02.1986	Einheitliche Europäische Akte (EEA)
07.02.1992	Vertrag von Maastricht über die Europäische Union
01.01.1993	Vollendung des Binnenmarktes

01.01.1995	Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden
26.03.1995	Übereinkommen von Schengen
02.10.1997	Vertrag von Amsterdam
01.01.1999	Einführung des Euro für Handels- und Finanztransaktionen
07.12.2000	Proklamation der „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“
26.02.2001	Vertrag von Nizza
01.01.2002	Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel
01.05.2004	Beitritt von Ungarn, Lettland, Estland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Malta und Zypern
29.10.2004	Vertrag über eine Verfassung für Europa
01.01.2007	Beitritt von Bulgarien und Rumänien
13.12.2007	Vertrag von Lissabon
Ab 2010	Europäischer Rettungsschirm
02.03.2012	Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag)
01.07.2013	Beitritt von Kroatien
23.06.2016	Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union

3. Ausgewählte Ereignisse

<p>18.04.1951 (Unterzeichnung)</p> <p>23.07.1952 (Inkrafttreten)</p> <p>23.07.2002 (Ausgelaufen)</p>	<p>Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) - Montanunion:¹</p> <p>Die Unterzeichnung des Vertrages erfolgt auf Grundlage des Schumann-Plans mit dem Ziel, einen gemeinsamen, zollfreien Markt für Kohle und Stahl zu schaffen.</p> <p>Erstmals wird zu diesem Zweck eine supranationale Behörde eingerichtet („Hohe Behörde“), an welche von den Mitgliedsstaaten Regelungskompetenzen abgegeben werden. Weitere eingerichtete Organe sind die Vorläufer des späteren Europäischen Parlaments, des Rats der Europäischen Union und des Europäischen Gerichtshofs.</p> <p>Die EGKS wurde als Reaktion auf die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges gegründet: durch gegenseitige Abhängigkeit und gemeinsame Verwaltung von kriegswichtigen Gütern erhofft man sich eine dauerhafte Sicherung des innereuropäischen Friedens.</p> <p>Beteiligte Länder: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg</p>
<p>25.03.1957 (Unterzeichnung)</p> <p>01.01.1958 (Inkrafttreten)</p>	<p>Römische Verträge über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG, auch Euratom genannt):²</p> <p>Durch die Unterzeichnung der Römischen Verträge kommt es zu einer Ausweitung der supranationalen Zusammenarbeit, die über die Kohle- und Stahlproduktion hinausgeht.</p> <p>Durch die Verträge sollen der Aufbau einer gemeinsamen Zollunion, ein gemeinsamer Markt und der Abbau von Handelshemmnissen ebenso vorangetrieben werden wie die Förderung des freien Waren-, Personen, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs.</p>

- 1 https://europa.eu/european-union/law/treaties_de (abgerufen am 10.07.2018)
 Brunn, Gerhard (2009). Die europäische Einigung: von 1945 bis heute. Stuttgart: Reclam. S.69ff.
 Brunn, Gerhard (2009). Die europäische Einigung: von 1945 bis heute. Stuttgart: Reclam. S.81ff.
 Pfetsch, Frank R. (2001). Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 28ff.
 Schmuck, Otto und Unser, Günther (2016). Die Europäische Union: Aufgaben, Strukturen und Chancen. Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 24ff.
- 2 https://europa.eu/european-union/law/treaties_de (abgerufen am 10.07.2018)
<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177241/roemische-vertraege> (abgerufen am 10.07.2018)
 Brunn, Gerhard (2009). Die europäische Einigung: von 1945 bis heute. Stuttgart: Reclam. S.118ff.
 Küsters, Hans-Jürgen (2007). Die integrationspolitischen Wirkungen der Römischen Verträge : eine Bilanz nach 50 Jahren. Integration : Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik 30 (3) 320-332.
 Schmuck, Otto und Unser, Günther (2016). Die Europäische Union: Aufgaben, Strukturen und Chancen. Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 27ff.

	Die Römischen Verträge gehören zu den wichtigsten Bausteinen der europäischen Integration. 1967 folgt der Fusionsvertrag zur Zusammenlegung der Organe und Institutionen der drei nun bestehenden Gemeinschaften (EGKS, EWR, Euratom).
01.07.1968	Vollendung der Zollunion unter den sechs Mitgliedstaaten: ³ Mit dem Wegfall jeglicher Zölle auf Einfuhren aus den jeweils anderen Mitgliedstaaten wird erstmals freier, grenzüberschreitender Handel möglich. Zeitgleich werden die Zölle auf Einfuhren aus Drittländern vereinheitlicht.
01.01.1973	Beitritt von Großbritannien, Dänemark und Irland
13.03.1979	Schaffung des Europäischen Währungssystems (EWS): ⁴ Das EWS regelt bis zur Einführung des Euro 1999 die währungspolitische Zusammenarbeit. Wesentliche Bestandteile sind die Schaffung einer Europäischen Währungseinheit und ein Wechselkursmechanismus mit festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen.
07.-10.06.1979	Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament: ⁵ Erstmals werden die Abgeordneten direkt gewählt und nicht mehr von den nationalen Parlamenten entsandt.
01.01.1981	Beitritt von Griechenland
01.01.1986	Beitritt von Spanien und Portugal
28.02.1986 (Unterzeichnung) 01.07.1987 (Inkrafttreten)	Einheitliche Europäische Akte (EEA): ⁶ Die unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften hemmen noch immer den freien, grenzüberschreitenden Handel innerhalb der Mitgliedstaaten.

3 Pfetsch, Frank R. (2001). Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 38ff.

Tömmel, Ingeborg (2008). Das politische System der EU. München/Wien: Oldenbourg Verlag. S. 20

4 https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Glossareintraege/E/europaeisches_waehrungssystem.html (abgerufen am 10.07.2018)

Pfetsch, Frank R. (2001). Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 51ff.

5 Tömmel, Ingeborg (2008). Das politische System der EU. München/Wien: Oldenbourg Verlag. S. 24

6 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=URISERV:xy0027&from=EN> (abgerufen am 10.07.2018)

Brunn, Gerhard (2009). Die europäische Einigung: von 1945 bis heute. Stuttgart: Reclam. S.245f.

Pfetsch, Frank R. (2001). Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 55ff.

Weidenfeld, Werner (1986). Die einheitliche Europäische Akte. Außenpolitik: German foreign affairs review 37 (4) 375-383

	<p>Mit der EEA werden die Römischen Verträge erstmals angepasst, um die Probleme in einem umfangreichen 6-Jahres-Programm lösen zu können. Schrittweise kommt es bis 1993 zur Verwirklichung des Binnenmarktes.</p> <p>Gleichzeitig werden durch die EEA die Funktionsweise der europäischen Institutionen verändert (wie bspw. der Stimmmodus im Rat) und das Europäische Parlament gestärkt.</p>
<p>07.02.1992 (Unterzeichnung)</p> <p>01.11.1993 (Inkrafttreten)</p>	<p>Vertrag von Maastricht über die Europäische Union:⁷</p> <p>Durch den Vertrag von Maastricht kommt es zur Gründung der Europäischen Union als Dachorganisation der Europäischen Gemeinschaft.</p> <p>Innerhalb der EU soll es zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und zur Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (ZBJI) kommen. Zusammen mit den bestehenden Europäischen Gemeinschaften bilden diese drei Komponenten fortan die drei Säulen der EU.</p> <p>Ein weiteres Ziel ist die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion.</p>
01.01.1993	<p>Vollendung des Binnenmarktes:⁸</p> <p>Elementare Bestandteile des Binnenmarktes sind die vier Grundfreiheiten: freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital.</p>
01.01.1995	Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden
26.03.1995 (Inkrafttreten)	<p>Übereinkommen von Schengen:⁹</p> <p>Zehn Jahre nach der Unterzeichnung tritt das Schengener Übereinkommen in Kraft. Zwischen den beteiligten Ländern gibt es fortan keine Grenzkontrollen mehr, dafür aber eine gemeinsame Visapolitik und Standards bei der Sicherung der Außengrenzen.</p> <p>Beteiligte Länder: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Spanien, Portugal</p> <p>Mittlerweile sind 26 Staaten (auch nicht EU-Staaten) Mitglied des Übereinkommens.</p>

- 7 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGISSUM%3Axy0026> (abgerufen am 10.07.2018)
Pfetsch, Frank R. (2001). Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 60ff.
Schmuck, Otto und Unser, Günther (2016). Die Europäische Union: Aufgaben, Strukturen und Chancen. Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 31f.
- 8 <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19286/europaeischer-binnenmarkt> (abgerufen am 10.07.2018)
Brunn, Gerhard (2009). Die europäische Einigung: von 1945 bis heute. Stuttgart: Reclam. S.253ff.
- 9 <http://www.eu-info.de/europa/schengener-abkommen/> (abgerufen am 10.07.2018)
Brunn, Gerhard (2009). Die europäische Einigung: von 1945 bis heute. Stuttgart: Reclam. S.286ff.
Pfetsch, Frank R. (2001). Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 59

02.10.1997 (Unterzeichnung) 01.05.1999 (Inkrafttreten)	Vertrag von Amsterdam: ¹⁰ Der Vertrag von Amsterdam ist das Ergebnis einer bereits im Maastrichter Vertrag vorgesehenen Revision. Mit dem Vertrag kommt es zur Vertiefungen der gemeinsamen Innen- und Justizpolitik. Ebenso werden die Rechte des Europäischen Parlaments erweitert. Er regelt zudem institutionelle Reformen, die nach den vorangegangenen Erweiterungen notwendig geworden sind.
01.01.1999	Einführung des Euro für Handels- und Finanztransaktionen: ¹¹ 1999 wird das Ziel einer gemeinsamen Währungsunion mit der Einführung des Euro erreicht. Beteiligte Länder: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Spanien, Portugal, Finnland, Irland Heute ist der Euro in 19 Ländern offizielle Währung.
07.12.2000	Proklamation der „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“
26.02.2001 (Unterzeichnung) 01.02.2003 (Inkrafttreten)	Vertrag von Nizza: ¹² Der Vertrag von Nizza reformiert die bestehenden EU-Verträge, insbesondere die Zusammensetzung und Funktionsweise der EU-Organe. Die Stimmen der Mitgliedstaaten im Rat werden neu gewichtet, der Abstimmungsmodus erneut angepasst. Auch die Sitzverteilung im Europäischen Parlament wird neu geregelt. Notwendig geworden sind diese Änderungen, um die europäischen Institutionen auch nach (bevorstehenden) Erweiterungen handlungsfähig zu halten.
01.01.2002	Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel
01.05.2004	Beitritt von Ungarn, Lettland, Estland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Malta und Zypern: ¹³

- 10 <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177343/vertrag-von-amsterdam> (abgerufen am 10.07.2018)
<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Lexikon/EUGlossar/V/2005-11-21-vertrag-von-amsterdam.html> (abgerufen am 10.07.2018)
Brunn, Gerhard (2009). Die europäische Einigung: von 1945 bis heute. Stuttgart: Reclam. S.308ff.
Tömmel, Ingeborg (2008). Das politische System der EU. München/Wien: Oldenbourg Verlag. S. 38ff.
- 11 https://europa.eu/european-union/about-eu/institutions-bodies/european-central-bank_de (abgerufen am 10.07.2018)
Brunn, Gerhard (2009). Die europäische Einigung: von 1945 bis heute. Stuttgart: Reclam. S.300ff.
- 12 <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Lexikon/EUGlossar/V/2005-11-21-vertrag-von-nizza.html> (abgerufen am 10.07.2018)
Brunn, Gerhard (2009). Die europäische Einigung: von 1945 bis heute. Stuttgart: Reclam. S.312ff.
Tömmel, Ingeborg (2008). Das politische System der EU. München/Wien: Oldenbourg Verlag. S. 42ff.
- 13 Brunn, Gerhard (2009). Die europäische Einigung: von 1945 bis heute. Stuttgart: Reclam. S.293ff.

	Die sogenannte Ost-Erweiterung der EU ist die größte Erweiterung in der Geschichte. Darüber hinaus stellt diese Erweiterung das Ende der Trennung Europas im Zuge des Kalten Krieges dar und hat somit einen herausragenden Stellenwert.
29.10.2004 (Unterzeichnung) 01.11.2006 (geplantes Inkrafttreten)	Vertrag über eine Verfassung für Europa:¹⁴ Die Mitgliedsstaaten unterzeichnen einen Vertrag zur Schaffung einer „Verfassung für Europa“. Diese Verfassung soll bürgernahe und handlungsfähige Entscheidungsstrukturen ermöglichen, damit die EU mit nun 25 Mitgliedsstaaten handlungsfähig bleiben kann. Dafür braucht es Reformen, die über die Inhalte der Verträge von Amsterdam und Nizza hinausgehen. Die Ratifizierung des Vertrages scheitert jedoch im Mai / Juni 2005 bei Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden, sodass eine Reform nicht zustande kommt.
01.01.2007	Beitritt von Bulgarien und Rumänien
13.12.2007 (Unterzeichnung) 01.12.2009 (Inkrafttreten)	Vertrag von Lissabon:¹⁵ Mit dem Vertrag von Lissabon kommt es nach dem gescheiterten Vertrag über eine Verfassung zu einer weiteren umfassenden institutionellen Reform der EU, der diese demokratischer, transparenter und handlungsfähiger machen soll. So wird unter anderem ein ständiger Präsident des Europäischen Rates eingeführt, sowie das Europäische Parlament zu einem gleichberechtigten Gesetzgeber neben dem Rat. Auch die Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten wird klarer verteilt. Der Vertrag von Lissabon reformiert zudem das Abstimmungsverfahren im Rat, um auch bei größeren Mitgliederzahlen handlungsfähig zu bleiben.
Ab 2010	Europäischer Rettungsschirm:¹⁶

- 14 <http://www.eu-info.de/europa/eu-vertraege/EU-Verfassung/> (abgerufen am 10.07.2018)
Schmuck, Otto und Unser, Günther (2016). Die Europäische Union: Aufgaben, Strukturen und Chancen. Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 35f.
Tömmel, Ingeborg (2008). Das politische System der EU. München/Wien: Oldenbourg Verlag. S. 45f.
- 15 <http://www.euoparl.europa.eu/germany/de/die-eu-und-ihre-stimme/vertrag-von-lissabon>
<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Lexikon/EUGlossar/V/2010-01-25-vertrag-von-lissabon.html> (abgerufen am 10.07.2018)
http://www.bpb.de/themen/XVC2NM,0,Der_Lissabonner_Vertrag_auf_einen_Blick.html (abgerufen am 10.07.2018)
Brunn, Gerhard (2009). Die europäische Einigung: von 1945 bis heute. Stuttgart: Reclam. S.315ff.
Schmuck, Otto und Unser, Günther (2016). Die Europäische Union: Aufgaben, Strukturen und Chancen. Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 37ff.
- 16 https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/Finanzhilfemechanismen/EU_Finanzstabilisierungsfazilitaet_EFSF/2012-05-21-europaeische-finanzstabilisierungsfazilitaet-efsf.html (abgerufen am 10.07.2018)

	<p>Als Reaktion auf die seit 2008 andauernde Weltwirtschaftskrise kommt es zu einer umfassenden Reorganisation und Umstrukturierung der Wirtschafts- und Währungsunion.</p> <p>Dafür werden Krisenreaktionsmechanismen eingerichtet, zu denen die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und Beiträge des Internationalen Währungsfonds (IWF) gehören.</p> <p>2013 werden die Mechanismen durch den neu eingeführten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ersetzt, der eine langfristige Stabilisierung des Euro-Währungsgebiets gewährleisten soll.</p>
02.03.2012 (Unterzeichnung)	Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag):¹⁷
01.01.2013 (Inkrafttreten)	Zusätzlich zu den Maßnahmen des Europäischen Rettungsschirms verpflichten sich 25 Mitgliedsstaaten, einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben sowie eine Schuldenbremse in ihrem jeweiligen nationalen Rechtssystem einzuführen.
01.07.2013	Beitritt von Kroatien
23.06.2016	Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union:¹⁸ In einem Referendum spricht sich die Mehrheit der Briten für einen Austritt Großbritanniens aus der EU aus. Obwohl das Ergebnis des Referendums nicht bindend ist, stellt die britische Regierung am 29.03.2017 ein Austrittsgesuch und leitete somit das Austrittsverfahren ein.

https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euroraums/Stabilitaetsmechanismen/EU_Stabilitaetsmechanismus_ESM/eu_stabilitaetsmechanismus_esm.html (abgerufen am 10.07.2018)

Murswiek, Dietrich (2016). Die Eurokrise vor dem Bundesverfassungsgericht: „Euro-Rettungsschirm“, Europäischer Stabilitätsmechanismus und Rettungsmaßnahmen der EZB. Baden-Baden: Nomos. S. 24ff.

17 https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euroraums/Haushaltspolitische_Ueberwachung_der_EU/Fiskalvertrag/fiskalvertrag.html (abgerufen am 10.07.2018)

18 <https://eur-lex.europa.eu/content/news/Brexit-UK-withdrawal-from-the-eu.html?locale=de> (abgerufen am 10.07.2018)